



TARIFABSCHLUSS 2013

5,6 Prozent Einkommenssteigerung sind ein annehmbares Ergebnis

GdP fordert die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung für den Beamten und die Versorgungsempfänger

Mit klaren Forderungen gingen die Gewerkschaften Mitte April in die entscheidende Verhandlungsrunde der diesjährigen Tarifverhandlungen.

Durch die Klagen vor dem EuGH gegen die bestehende Urlaubsregelung und der damit einhergehenden Benachteiligung der jüngeren Arbeitnehmer stand für die Gewerkschaften fest, dass jede/r Beschäftigte mindestens sechs Wochen Urlaub (30 Tage) im Jahr haben muss.

Der Arbeitgeber bot zwar zunächst weniger Urlaubstage an, man einigte sich dennoch auf 30 Urlaubstage für alle und drei zusätzliche Tage für Bedienstete über 50 Jahre (bis zum Geburtsjahrgang 1969).

Urlaub – ein erster wichtiger Erfolg!



Kurz vor Beginn der Verhandlungsrunde besprachen sich Jörg Bruchmüller (links) und Verhandlungsführer Achim Meerkamp (rechts).

Bei den Entgeltverhandlungen hatten sich die Gewerkschaften das Ziel gesteckt, mindestens einen Tarifabschluss wie der der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die bereits Anfang März ein Ergebnis erzielen konnten, zu erreichen. Damit wurde ein Inflationsausgleich erreicht und ein weiterer Reallohnverlust verhindert.



Vor Beginn der Tarifverhandlungen demonstrierten die Gewerkschaften und unterstrichen ihre Forderungen.

Tarifergebnis gilt erst ab Juli

Mit einer entsprechenden Erwartungshaltung haben wir die letzte Tarifverhandlungsrunde aufgenommen. Das Ergebnis liegt auf dem Tisch:

1. Entgeltsteigerungen

- **Tarifierhöhung zum 1. 7. 2013 um 2,8 Prozent und eine Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro.**

Auszahlungsmonat für die Einmalzahlung ist der Juli 2013. Teilzeitbeschäftigte erhalten die Einmalzahlung anteilig.

- **Zum 1. 4. 2014 steigen die Entgelte um weitere 2,8 Prozent und als Ausgleich wird für die Monate Januar bis März 2014 eine Einmalzahlung von 225 Euro gewährt.**

Auszahlungsmonat ist das April-Gehalt 2014. Teilzeitbeschäftigte erhalten auch diese Einmalzahlung anteilig.



Für die GdP waren Heinz Schiskowsky (links), Alberdina Körner (Bildmitte) und Petra Moosbauer (rechts) in der Verhandlungskommission.

2. Entgeltsteigerungen für Auszubildende und Praktikanten

- Auszubildende erhalten rückwirkend zum 1. 1. 2013 50 Euro monatlich mehr an Vergütung.
- Zum 1. 1. 2014 steigt die Auszubildendenvergütung dann um drei Prozent. Die gleichen Steigerungen erhalten auch die Praktikantinnen und Praktikanten.

3. Regelungen für Vorarbeiter

- Die Vorarbeiterzulagen steigen ab dem 1. 1. 2014 ebenfalls um drei Prozent und sind zukünftig dynamisch (dann gleiche Steigerung wie prozentuale Gehaltserhöhung).

4. Urlaub

- **Ab dem 1. 1. 2013 erhalten alle Beschäftigten unabhängig von ihrem Lebensalter einen Erholungsurlaub von 30 Tagen.**

Auszubildende erhalten 27 Urlaubstage (ein Tag mehr als bisher!)

Für die Jahre 2011 und 2012 stehen aufgrund einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes **ALLEN Beschäftigten** (auch Azubis) 30 Urlaubstage zu.

Der Mehrurlaubsanspruch für 2011 muss bis zum 30. 6. 2013 und für 2012 bis zum 30. 9. 2013 angetreten sein, ansonsten verfällt er!

Die bestehende Urlaubsregelung für über 50-Jährige (33 Tage bis einschließlich Geburtsjahrgang 1969 bleibt erhalten (§ 15 TVÜ-H).

Fortsetzung auf Seite 2



TARIFABSCHLUSS 2013



Beratung. Jörg Bruchmüller erläuterte den Kommissionsmitgliedern das erste Angebot der Arbeitgeber.



Tarifkommissionsmitglieder v. l.: Andreas Grün, Jürgen Aschenbrenner, Marianne Diefenthäler, Simone Sauerländer und Stefan Rüppel.



Tarifkommissionsmitglieder v. l.: Beate Gretschel, Ute Schaft-Paetow und Doris Hämmerle.

Fortsetzung von Seite 1

5. Übernahme Auszubildende

Auch konnten wir erreichen, dass Auszubildende bei bestandener Abschlussprüfung ohne Notenbegrenzung zunächst für zwölf Monate und bei Bewährung unbefristet übernommen werden müssen. Voraussetzung hierfür ist, dass eine freie und wieder besetzbare Stelle vorhanden ist.

6. Bewährungsaufstiege

Die vor der Überleitung in den TV-H begonnenen bis zu sechsjährigen Bewährungsaufstiege werden noch bis 31. 12. 2015 realisiert.

7. Laufzeit

Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. 12. 2014.

8. Zustimmung der Tarifkommission

Die Tarifkommission der GdP hat diesen Verhandlungsergebnissen einstimmig zugestimmt. Somit ist der Gleichklang zu dem Tarifvertrag der übrigen Bundesländer (TV-L) gesichert.

Bewertung des Ergebnisses

Mit einer Einkommensverbesserung in diesem Jahr und im kommenden Jahr ist das Ziel aus gewerkschaftlicher Sicht erreicht worden.

Eine lineare Erhöhung in zwei Schritten und die beiden Einmalzahlungen sind unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen und nicht zuletzt vor dem Hintergrund der hessischen Schuldenbremse ein tragfähiger Abschluss.

Sicherlich ist dieser Tarifabschluss kein Grund zur Euphorie. Er lässt aber die Option für eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) offen, da

Hessen noch das einzige Bundesland ist, das nicht zur TdL gehört.

Besonders erfreulich ist, dass für unsere Auszubildenden eine verbesserte Weiterbeschäftigungsmöglichkeit nach der Ausbildung von zwölf Monaten getroffen werden konnte. Hier haben wir den Arbeitgeber, das Land Hessen, in die Pflicht genommen.

An dieser Stelle sei Dank an Alberdina Körner vom GdP-Bundesvorstand gesagt, die uns Hessen bei den Tarifverhandlungen mit Rat und Tat zur Seite stand.

Um evtl. Missverständnissen vorzubeugen ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die GdP-Forderung zum Wiedereintritt in die TdL nach wie vor bestehen bleibt.

Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte/-innen und Versorgungsempfänger

Im Vergleich zu anderen Tarifbereichen hinkt der öffentliche Dienst in Hessen in Teilbereichen deutlich hinterher. Insbesondere die zeitlichen Verschiebungen der Übertragung des Tarifergebnisses, als auch die 0,2-prozentige Pensionsrücklage bewirken dies. Und was die hessische Polizei betrifft, wird wohl niemand bestreiten, dass durch neue Aufgabenfelder, Arbeitsverdichtung, Bürokratie und Personalrotation die Einsatzbelastung in manchen Dienststellen ein unerträgliches Ausmaß erreicht hat. Hinzu kommt im Beamtenbereich die viel beklagte 42-Stunden-Woche.

Dies wird auch nicht durch die Schaffung von zahlreichen Beförderungen nach A 10 und A 11 wettgemacht. Es ist lobenswert, dass die Beförderungsmöglichkeiten geschaffen wurden, aber die langfristige,



Annerose Meierewert und Monica Duric aus Südhessen gehören ebenfalls der Tarifkommission an.

nachhaltige positive Wirkung wird kaum spürbar werden. Anstatt Entlastung auf dem Druckkessel „A 10“ zu schaffen, wurde dadurch das Feuer unterm Kessel nochmals angeschürt. Wären z. B. die Millionen Euro für das Ausschöpfen der Stellenplanobergrenzen eingesetzt worden, wären ebenfalls zahlreiche Beförderungsmöglichkeiten entstanden – und dies mit einer deutlichen Nachhaltigkeit.

Die GdP fordert die Landesregierung und die Fraktionen im Hessischen Landtag auf, die Tarifeinigung zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten/-innen und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Der Vorschlag der beiden Regierungsfractionen CDU und FDP, zwar die prozentuale Gehaltssteigerung zu übertragen, nicht aber die beiden Einmalzahlungen, ist aus GdP-Sicht nicht hinnehmbar. Die Einmalzahlungen sind Ausgleich für den späteren Beginn der Gehaltssteigerungen. **An dieser Stelle sei angemerkt, dass auch die Oppositionsparteien das Recht haben, Anträge zur Übertragung des Tarifergebnisses in den Landtag einzubringen.**



Steinbacher Protokoll verabschiedet

Ende April hatte die GdP die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes zu einer Veranstaltung ins Bildungszentrum der IG BAU nach Steinbach/Taunus eingeladen.

Kern der Veranstaltung war ein Assessment; ein Workshop zur Erhebung der Themen, die den höheren Dienst aktuell bewegen und in die gewerkschaftliche Arbeit einfließen sollten.

Der Einladung waren trotz der bevorstehenden umfangreichen Einsatzlagen in Hessen viele Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes aus allen Bereichen gefolgt.



Interessierte Teilnehmer.

Gewerkschaftlicher Situationsbericht

GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller eröffnet die Tagung mit einem gewerkschaftspolitischen Bericht. Er gab in seinen einführenden Worten einen Überblick über aktuelle Themen wie die vor wenigen Tagen vergangenen Tarifverhandlungen und den aktuell in den Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf von SPD und Grünen zur Schaffung eines Polizeibeauftragten, der, analog des Wehrbeauftragten, Ansprechpartner für die Polizeibeschäftigten und für die Bürgerinnen und Bürger sein soll. Dieser soll nicht, wie der derzeitige Ansprechpartner Henning Möller, ans Innenministerium angebunden sein, sondern direkt dem Landtag unterstehen. Aus Sicht der GdP ist ein solcher, neuer „Polizeibeauftragter“ nicht erforderlich und würde ein gänzlich falsches Zeichen setzen: Er würde unterstellen, dass es im Zusammenwirken und -leben mit den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig kritische Prozesse gäbe. Genau das Gegenteil ist der Fall – und hierauf darf die hessische Polizei auch weiterhin stolz sein. Seit Jahren ist die hessische Polizei in den Spitzenpositionen der von den Bürgerinnen und Bürgern mit großem Vertrauen bedachten Organisationen zu finden!

In seinen weiteren Ausführungen ging er auf das jüngste Hebungsprogramm „A 10 und A 11“ ein. Aus Sicht der GdP ein grundsätzlich lobenswerter Schritt, der jedoch in der konkreten Ausgestaltung besser hätte umgesetzt werden können. Das vollzogene Hebungsprogramm war leider nicht in der Lage, den Druck auf den Kessel der A10er zu reduzieren. Ganz im Gegenteil ist kontraproduktiv der Druck erhöht worden. Dies verdeutlicht die nun produzierte Verteilung der prozentualen Anteile:

- 9 Prozent A 9,
- 64 Prozent A 10,
- 17 Prozent A 11,
- 6 Prozent A 12 und
- 3 Prozent A 13.

Die für die etwa 1000 Beförderungsmöglichkeiten aufgewandten Finanzmittel hätte man mit größerer Nachhaltigkeit einsetzen können.

TARIFABSCHLUSS 2013

Fortsetzung von Seite 2



Jörg Bruchmüller erläuterte bei der Abschlusspressekonferenz das Tarifergebnis aus Sicht der GdP.

Neben der Einkommensverbesserung, die zeit- und inhaltsgleich übertragen werden soll, erwarten unsere Beamtinnen und Beamten ein deutliches Zeichen in Fragen der Wochenarbeitszeit. Seit nunmehr zwölf Jahren haben die Kolleginnen und Kollegen mit der Arbeitszeiterhöhung ihren Beitrag zu Haushaltsanierungen geleistet. Alle anderen Bundesländer haben mittlerweile die Wochenarbeitszeit reduziert.

Bleibt zu hoffen, dass sich die Abgeordneten im notwendigen Gesetzgebungsverfahren für die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger ihrer Verantwortung besinnen und einer echten 1:1-Übertragung ihre Stimme geben. Gleiches Recht für alle!

Ewald Gerk / Heinz Schiskowsky,
GdP-Landesvorstand



GdP-Vorstandsmitglied Swen Eigenbrodt führte durch die Veranstaltung.

In der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn hat man seinerzeit im höheren Dienst nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Eine entsprechende Erhöhung der Anzahl der Planstellen und eine „gute“ Verteilung der Stellenwertigkeiten von A 13 bis A 16 wäre wünschenswert gewesen und ist nun als gewerkschaftliches Ziel zu formulieren.

Impulsreferat „Rollenverständnis höherer Dienst“

GdP-Vorstandsmitglied Swen Eigenbrodt führte inhaltlich in die Kernthematik der Veranstaltung ein. In seinem Impulsreferat „Rollenverständnis höherer Dienst“ machte er zu Anfang deutlich,

Fortsetzung auf Seite 4





Diskussion mit GdP-Landesvorsitzendem Jörg Bruchmüller (links stehend).

Fortsetzung von Seite 3

dass man einen ständigen kommunikativen Dialog zwischen höherem Dienst und Gewerkschaft brauche, der insbesondere auch in Friedenszeiten gepflegt werden muss. Kommunikation, die, wie in der Vergangenheit, ausschließlich in personalpolitischen Konflikten sich manifestierte, eignet sich nicht als Basis eines gemeinsamen Entwicklungsprozesses zum Besseren hin. In diesen Momenten agiert der höhere Dienst aufgabenorientiert nachvollziehbar aus der Rolle des „Arbeitgebers“ heraus. Jedoch ist das Rollenspektrum des höheren Dienstes mannigfaltig.

Als Angehöriger des höheren Dienstes der Polizei stellt man sich des Öfteren die Frage, was bin ich eigentlich? Die vielfältigen Antworten reichen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Chef, Kontrolleur, Motivator bis zu Kollege/-in, Feindbild, Freund und Mensch. Dementsprechend hoch sind auch die Erwartungen, die an die Rolle „höherer Dienst“ gestellt werden und nicht alle können hinreichend erfüllt werden. Unsere Polizei wird modern gerne auch als „Konzern“ bezeichnet und als solcher verstanden. Führungskräfte erfolgreicher Konzerne erreichen ihre Ziele oft auch durch einen sogenannten „positiven kreativen Ungehorsam“; hiermit sind unkonventionelle Wege zur Zielerreichung verstanden, die den Konzern „nach vorne bringen“, sich aber innerhalb der definierten Konzernstrategie wiederfinden. Wie modern ist in diesem Zusammenhang die hessische Polizei und wie viel „kreativer Ungehorsam“ wird von unseren Führungskräften erwartet? Wie lassen sich all diese Rollenfacetten im harmonischen Gleichgewicht halten? Wie vereinbar ist der höhere Dienst mit dem Familienleben? In einem Workshop wurde dieser Spannungsbogen beleuchtet und mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet, die zeitgleich auch den Anspruch an gewerkschaftliche Arbeit umreißen. Das Workshopergebnis wurde als „Steinbacher Protokoll“ überschrieben und ist gleichzeitig das Aufgabenheft der künftigen Arbeit der GdP (siehe Infokasten).

Nachwachsgewinnung für den höheren Dienst ist eine zentrale Aufgabe

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich ganz dem derzeitigen Auswahlverfahren für den Nachwuchs des höheren

„Steinbacher Protokoll“ – gewerkschaftliche Aufgaben in der Vertretung des höheren Dienstes

Organisation

• Fachliche Begleitung von Organisationsveränderungen:

- bspw. die regionale, dezentrale oder zentrale Kriminalitätsbekämpfung, die Neuorganisation der Prävention oder die der Bereitschaftspolizei,
- mittelbare oder unmittelbare Einbeziehung des höheren Dienstes bei fachlichen Stellungnahmen der GdP zu Organisations- und Rechtsfragen.

• Sozialisation innerhalb der Organisation auf allen Ebenen:

- u. a. frühe Begleitung der Anwärterinnen und Anwärter,
- eigene Veranstaltung zu diesem Thema,
- Beteiligung der Mitglieder des höheren Dienstes an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategien und Konzepte.

Dienst / Personalmanagement

• Personalentwicklung:

- Konzeption und Einheitlichkeit,
- gewerkschaftliche Begleitung von Veränderungen,
- gehobener Dienst in Richtung höherer Dienst,
- innerhalb des höheren Dienstes,
- Erhöhung der Planstellen des höheren Dienstes, insbesondere für den Bereich von Dienstposten mit höherer Personalverantwortung (Stations- und Kommissariatsleiter).

• Führungskultur:

- Aufbrechen der eindimensionalen Darstellung.
- Philosophie der GdP „Eine für alle“:
- Intensivierung der Kommunikation außerhalb von Konfliktprozessen,
- Unterstützer und Begleiter des höheren Dienstes,
- Klarstellung und Verfestigung von Rolle und Aufgabe des höheren Dienstes.

Vereinbarkeit von Familie und Dienst

• flexible Dienstmodelle:

- Spielräume erweitern, Potenziale nutzen,
- Führung in Teilzeitmodellen,
- Prozesse begleiten,
- tradiertes Rollenverständnis aufbrechen,
- mehr Eltern in den höheren Dienst bringen,
- Möglichkeiten zur Kinderbetreuung in den Polizeipräsidien und auch während der Ausbildung schaffen.

Karriere

• Klare Perspektive:

- Transparenz und Chancengleichheit,
- differenzierte Dienstpostenbewertung,
- „gesunder“ Stellenkegel des höheren Dienstes,
- standardisierte Stellenausschreibungen.

• Fürsorge für Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes:

- Intensivierung erfahrbarer Fürsorge des Dienstherrn,
- gewerkschaftliche Förderung von Instrumenten der Fürsorge.

• Anerkennung:

- Beurteilungsverfahren,
- Instrumente der Anerkennung.
- Gestaltung des Auswahlverfahrens:
- Prozessbegleitung,
- Potenziale möglicher Bewerber frühzeitig erkennen und gezielte Fördermaßnahmen beginnen,
- Ineinandergreifen von persönlicher und organisationaler Initiative,
- gewerkschaftliche Begleitung des höheren Dienstes ab Vorbereitung auf das Auswahlverfahren,
- Perspektive und Anerkennung für die Leistungsträger, die das Auswahlverfahren nicht bestanden haben.

Sonstiges

• Führungsberatung:

- Komplexität des Führungsauftrages reduzieren,
- Externe Beratungsangebote und Impulse,
- Konfliktmanagement.



GdP-VERANSTALTUNG HÖHERER DIENST



Konstruktiver Austausch im Workshop.



Aufmerksam folgen die Teilnehmer den Ausführungen von Swen Eigenbrodt (rechts stehend).

Dienstes. Hauptpersonalratsvorsitzender Jens Mohrherr beleuchtete in seinem Impulsreferat das derzeitige Verfahren aus dem Jahre 2010 mit den definierten drei Teilen:

- **Testteil A:** schriftlicher, computergesteuerter Test,
- **Testteil B:** mündlicher Test über mehrere Tage, welcher die sozial kommunikative Befähigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bescheinigt,
- **Testteil C:** nach einer mindestens zwölfmonatigen Qualifikationsverwendung wird der/die Bewerber/-in nochmals in einem Einzelinterview getestet.



Als Referent für die Thematik „Auswahlverfahren für Bewerberinnen und Bewerber des höheren Dienstes“ konnte Prof. Dr. Thorsten Heyer vom BKA gewonnen werden.

Eine der prägnantesten Fragen ist sicherlich die der Qualität der Personalgewinnung für den höheren Dienst und somit seine Zukunftsfähigkeit. Einerseits wissen wir schon heute, welchen Personalbedarf wir bei der hessischen Polizei in der Zukunft haben, andererseits gelingt es uns nicht, ausreichend geeignete Bewerber/-innen erfolgreich durch das Testverfahren zu führen. Der Anfang April durchgeführte Testteil B, bei dem 32 Bewerber/-innen antraten und nur vier bestanden haben, verdeutlicht diese Problemstellung.

Jens Mohrherr sagte abschließend, dass die Bewerberinnen und Bewerber mit ihren erkannten Stärken und Schwächen durch Instrumente der Organisation vertrauensvoll und qualitativ begleitet werden müssen. Die eigenen Vorbereitungen der Bewerber/-innen auf

das Testverfahren, die zumeist fälschlicherweise auf Gedächtnisprotokollen vorangegangener Testteilnehmer vollzogen basieren, sind nicht hinreichend zielführend. Mit anderen Worten: „Wenn es uns gelingt, geeignete und kompetente Menschen für neue Aufgabenbereiche zu begeistern, hat dies für die Gesamtorganisation, sowohl im gehobenen als auch im höheren Dienst einen Mehrwert. Es bedarf einer gesteigerten Anstrengung aller“, sagte Jens Mohrherr abschließend. Angesprochen ist hier die Organisation der hessischen Polizei als auch die GdP mit ihrem Aus- und Fortbildungsprogramm.

Gastreferent

Als erstklassigen Referenten für die Thematik „Auswahlverfahren für Bewerberinnen und Bewerber des höheren Dienstes“ konnte Prof. Dr. Thorsten Heyer vom BKA gewonnen werden. Prof. Dr. Heyer ist seit vielen Jahren in das Auswahlverfahren des BKA aktiv involviert und konnte eine Masterstudentin zu diesem Thema fachlich begleiten. In einer der nächsten Ausgaben wird „Deutsche Polizei“ zu diesem Vortrag noch einmal ausführlich berichten. So viel kann jedoch gesagt werden: Das hes-



HPR-Vorsitzender Jens Mohrherr erläuterte das hessische Auswahlverfahren aus HPR-Sicht.

sische System ist auf Augenhöhe mit dem des BKA und Modellen von „Global Playern“ der freien Wirtschaft. Verbesserungswürdig sind jedoch die begleitenden Maßnahmen und Instrumente zur Unterstützung der Bewerberinnen und Bewerber und insbesondere der Kolleginnen und Kollegen, die das Auswahlverfahren nicht bestehen – denn diese Kollegen bleiben weiterhin Leistungsträger unserer Organisation. **GdP Hessen**

TERMINHINWEIS

GdP auf Hessentag in Kassel



Der diesjährige Hessentag findet vom 14. bis 23. Juni 2013 in Kassel statt.

In gewohnter Tradition ist die GdP auch auf diesem Hessentag mit einem Stand, der gemeinsam mit dem DGB betrieben wird, präsent.

Der Stand ist in Kassel, Untere Königstraße (gegenüber dem Seiteneingang des City-Point).

Die nordhessische GdP freut sich über jede Kollegin/jeden Kollegen, die vorbeischauen.

gdp



Wieder Anschlag auf Frankfurter GdP-Geschäftsstelle

Die GdP-Geschäftsstelle in Frankfurt war jetzt schon zum wiederholten Male Ziel von Angriffen Linksautonomer. Zum Teil wurde sich in der Vergangenheit öffentlich dazu bekannt. Am Morgen des 1. Mai 2013, fast exakt um 9.00 Uhr, wurde eine junge Frau dabei beobachtet, wie sie gleich mehrere mit Teer und Benzin gefüllte Flaschen gegen die Scheiben und Fassade des Geschäfts- und Wohnhauses in der Seckbacher Landstraße warf.

Es bleiben keine Zweifel, dass die junge Frau, laut Zeugenaussagen, dem linken Spektrum zuzuordnen ist. Erschreckend bleibt jedoch festzustellen, wie unüberlegt diese Gruppierungen mittlerweile vorgehen, so dass hier das Sprichwort „Dümmer als die Polizei erlaubt“ ohne Wenn und Aber anzuwenden ist.

Bornheim ist ein Arbeiterstadtteil, wo überwiegend Arbeiternehmer beheimatet sind, die den Tag der Arbeit noch als einen Tag der Arbeiterbewegung hochhalten. Nicht umsonst hat die GdP in diesem Stadtteil ihr Domizil und wird von der dortigen Bevölkerung geschätzt. Die Ge-



Die beschädigte Hausfassade.

werschaft der Polizei hat genauso, wie all die anderen Gewerkschaften und politischen demokratischen Parteien in dieser Stadt, schon im Vorfeld gegen den geplanten „Aufzug Rechts“ am 1. Mai 2013 aufgerufen und dies auch in einer Presseveröffentlichung kundgetan. Gerade dort, wo Arbeiter weitaus in der Überzahl sind, versuchen linke Gruppierungen auf sich aufmerksam zu machen, bringen aber durch solche unüberlegten und dummen Handlungen und Aktionen andere in Gefahr und zudem die Bevölkerung gegen sich auf. Sie gefährden und schädigen nicht die Gewerkschaft der Polizei, sondern die Bewohner und die Stadt Frankfurt.

Das Gebäude, in dem die GdP beheimatet ist, ist ein städtisches Gebäude, wo auch auf mehreren Etagen Mieter mit Kindern wohnen. Nicht auszudenken, wenn die Täterin nicht beobachtet worden wäre, und sie die Möglichkeit gehabt hätte, die vorbereiteten Brandsätze anzuzünden. So wurde lediglich die stark riechende und ätzende Flüssigkeit geworfen. Dennoch wurde die bitumenähnliche

Flüssigkeit großflächig auf Gehweg und parkenden Autos verteilt. Mindestens fünf Autos waren mit Spritzern übersät, die sich auch sofort in den Lack fraßen und an den Autos der unbeteiligten Wohnbevölkerung erhebliche Schäden anrichteten. So gewinnt man keine Sympathien – im Gegenteil, diejenigen, die eigentlich noch Verständnis für die berechtigten Anliegen hatten, wenden sich für immer von solchen „Chaoten“ ab.

Viele Bornheimer, die spontan zum Schadensort kamen, ließen kein gutes Haar an solchen „Chaoten“. Sie verfolgen nämlich schon seit Jahren die blinde Zerstörungswut gegenüber dieser wehrlosen Sache, nämlich dem Wohnhaus. Man glaubt es kaum: Alle, die mit den GdP-Vertretern vor Ort sprachen, waren voll des Lobes für die Beamtinnen und Beamten des benachbarten 6. Reviers, obwohl das hier beschädigte Gebäude die GdP und keine Polizeidienststelle beheimatet.

Der volkswirtschaftliche Schaden, der durch diesen blinden Aktionismus der Täterin entstanden ist, liegt fast im sechstelligen Bereich. Das ist aber den linken Gruppierungen auch egal; denn auch bei Demonstrationen in der Frankfurter Innenstadt gehen sie ohne Rücksicht auf Verluste gegen Menschen und Sachen vor, so dass jeder weiß, dass es hier nicht um die Sache geht, sondern die blinde Zerstörungswut im Vordergrund steht. Ziele werden vom linken Spektrum mittlerweile offenbar keine mehr verfolgt. Es wird nach dem Motto: „Zerstören um des Zerstörens willen“ gehandelt.

*Wolfgang Link,
Frankfurt*



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hessen

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27

Redaktion:
Ewald Gerk (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

Egal wohin...

Hauptsache mit uns!

Der Reiseservice mit Reisekostenzuschuss!
Exklusiv für GdP-Mitglieder, ihre Angehörigen und Fördermitglieder!
Buchen Sie über Ihre PSG (alle namhaften Veranstalter wie TUI, Neckermann, 1-2-fly ...) und freuen Sie sich über einen beachtlichen Reisekostenzuschuss.



Polizei ist im Durchschnitt 42 Jahre alt

Das Durchschnittsalter der hessischen Polizei liegt derzeit bei 42 Jahren. Die Anwärter/-innen wurden dabei nicht berücksichtigt. Dies geht aus einer Landtagsanfrage der Fraktion „Bündnis 90/ Die Grünen“ vom Februar dieses Jahres hervor.

Von den Flächenpräsidien haben die Polizeipräsidien Nord- und Osthessen mit 46 Jahren das höchste Durchschnittsalter. Das PP Mittelhessen liegt mit 44 Jahren an dritter Stelle. Danach folgen die Polizeipräsidien Süd-, Südost- und Westhessen mit 42 Jahren. Mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren hat das Polizeipräsidium Frankfurt das geringste Durchschnittsalter.

Dies zeigt deutlich, dass innerhalb der hessischen Polizei ein starkes Süd-/Nordgefälle besteht, was der Vielzahl der Versetzungen im fortgeschrittenen Alter in die nördlichen Präsidien geschuldet ist.

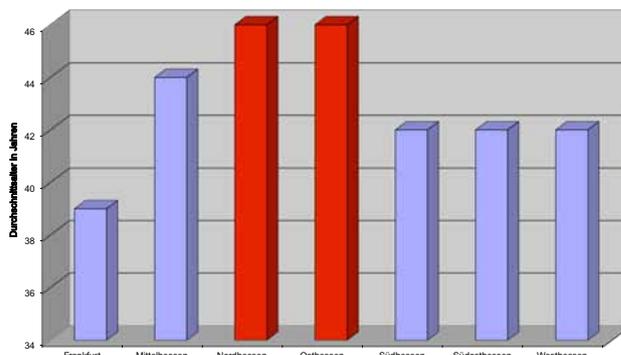
„... Durch die relativ gleichmäßige Zahl der Personalfuktuation und eine entsprechende Nachführung ausgebildeter jüngerer Nachwuchskräfte wird diese ausgewogene Struktur weiterhin gewährleistet. Jedoch gibt es in der Altersstruktur der Polizei regionale Unterschiede.

Dies ist in erster Linie dadurch bedingt, dass die meisten Berufsanfänger nach Studienende zunächst bei den Polizeipräsidien im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen sowie bei der hessischen Bereitschaftspolizei ihren Dienst versehen müssen. Daraus resultierend erfolgt eine weitere Versetzung in den Bereich der Polizeipräsidien Mittel-, Nord- und Osthessen erst mit fortgeschrittenem Lebensalter ...“, schreibt Innenminister Rhein in den Vorbemerkungen.

Fast 19 Prozent gingen vorzeitig

In der Antwort auf die Frage der Ruhestandsversetzungen,

Durchschnittsalter der Polizeipräsidien

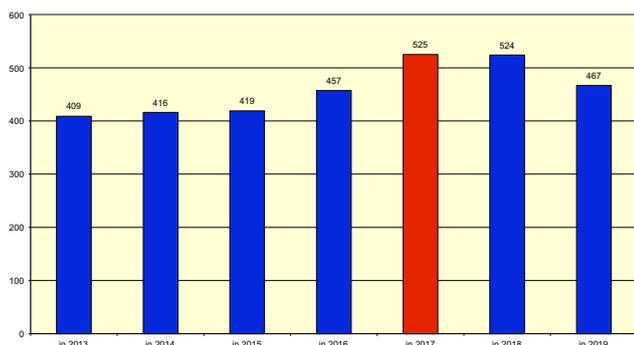


gestaffelt nach Jahren, ist zu entnehmen, dass im Jahre 2012 insgesamt 53 Beamte/-innen vor Erreichen des 60. Lebensjahres pensioniert wurden. Das sind fast 19 Prozent aller Pensionierungen (gesamt = 282 Beamte/-innen). Darüber hinaus wurden 14 Beamte/-innen entlassen und 20 verstarben vorzeitig. Die Gesamtzahl der Abgänge lag mit 316 etwas unter den Zahlen der Vorjahre. Die pensionierungsstarken Jahrgänge beginnen ab diesem Jahr und erreichen in 2015 mit 525 die Spitze.

„... Die hessische Polizei verfolgt mit Blick auf die demografische Entwicklung das Ziel, die Bewerberzahlen auf hohem Niveau konstant zu halten, um auch zukünftig ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Beruf zu gewinnen ...“, schreibt Innenminister Rhein ausblickend.

gdp/eg

Personalausgänge von 2013-2019



SEMINARE

Seniorensseminar 2013

Auch in diesem Jahr führt der Landes-seniorenvorstand der GdP Hessen wieder ein Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ durch.

Vorgesehene Themen: Pflegeversicherung, Gesunde Ernährung und Bewegung im Alter, Beihilferecht und Bericht des GdP-Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller.

Seminartermin: 29./30. Oktober 2013, Beginn: 9 Uhr, Ende am 30. Oktober um 13 Uhr.

Ort: Gasthaus „Zur Krone“, Am Stadtor 2, 36142 Tann/Rhön, Telefon: 0 66 82-2 13, **Webseite:** www.krone-tann.de

Anmeldungen an: Ruth Brunner, GdP Hessen, Fax: 06 11-9 92 27-27, E-Mail: rbrunner@gdp-online.de

Eingeladen dazu sind alle Rentner/-innen und Pensionäre/-innen mit Partner/-in. Eingeladen sind auch die Mitglieder, die kurz vor der Pensionierung stehen. Es ist ein Eigenbeitrag zu leisten von 20 Euro.

Nähere Auskünfte: Norbert Weinbach, Telefon: 0 62 51-5 28 89 oder 0 15 25-6 12 19 12, E-Mail: norbert.weinbach@online.de und bei den Seniorenvertretern der Bezirksgruppen.



Individuelles Stressmanagement & Work-Life-Balancing

Polizeibeamte/-innen sind durch die Mehrfachbelastung Beruf, Familie (Schichtdienst) oft hohen psychischen und physischen Anforderungen im Alltag ausgesetzt. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebensqualität, sondern letztlich auch auf die Gesundheit (laut WHO sind 80 Prozent aller Erkrankungen stressbedingt).

Ziel des Seminars ist es, den individuellen Ursachen von Stress auf den Grund zu gehen, praxistaugliche Veränderungsmög-

lichkeiten anzuregen und diese dann in konkreten Schritten im Alltag umzusetzen.

Aktuelle Forschungsergebnisse belegen, dass Männer mehr Stress auf der Arbeit und Frauen mehr Stress in der Familie erleben. Daraus ergeben sich zum einen unterschiedliche Seminarschwerpunkte. Zum anderen gibt es in der Auswahl der Stressmanagement-Methoden geschlechtsspezifische Vorlieben. Das Seminar wird deshalb einmal für Männer und einmal für Frauen durchgeführt.

Termine:

Frauseminar:

Mittwoch, 4. 9. 2013, bis Freitag, 6. 9. 2013

Männerseminar:

Mittwoch, 9. 11. 2013, bis Freitag, 11. 11. 2013

Seminarort:

Landgasthof „Bechtel“, Willingshausen-Zella

Anmeldung:

Online unter: www.gdp.de/hessen oder per Fax an: 06 61/9 92 27-27

Bildbearbeitung – Wenige Restplätze sind noch frei

Gescannte schwarz-weiße und farbigen Vorlagen optimieren. Weiterbearbeiten von digitalen Bildern mit dem Bildbearbeitungsprogramm Gimp: *Bild einrichten, Bildausschnitt wählen, Größe einrichten; Helligkeit, Kontrast und Farbsättigung korrigieren; Retusche, Farbkorrekturen, rote Augen entfernen; Webexport (E-Mail-Versand) und Drucken.*

Dabei lernen Sie den Umgang mit den wichtigsten Werkzeugen der Bildbearbeitung kennen und erfahren Grundlegendes über Dateiformate.

Termin:

Frauseminar: **Montag, 10. Juni 2013, 9.00–16.00 Uhr**



Seminarort:

EDV-Lehrsaal, Landratsamt Marburg/Lahn

Anmeldung

Online unter www.gdp.de/hessen oder per Fax an 06 61/ 9 92 27-27

ZITAT DES TAGES:

„Das ist der Beruf, bei dem ich alles einbringen kann, was ich schon gedacht, erlebt, gefühlt und erarbeitet habe.“

*Wotan Wilke Möhring
Schauspieler und neuer
Kommissar im „Tatort“*

EHRUNGEN

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Berthold Beutel
- Rainer Disse
- Hubert Felsch
- Claus-Peter Föller
- Rainer Jung
- Bernhard Kaiser
- Dagmar Lietz
- Rolf Machedanz
- Wilhelm Schröder
- Simone Nazarenus-Schroller
- Dirk Wächtershäuser
- Sabine Zink
- Bezirksgruppe Frankfurt

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Stefan Holzinger
- Kreisgruppe PAST Baunatal

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

- Hannelore Friederich
- Werner Lacalli
- Bezirksgruppe Frankfurt

NACHRUFE

- Eduard Holakovsky
- Bezirksgruppe Frankfurt
- Werner-Till Hauke
- Kreisgruppe HLKA
- Werner Gapp
- Kreisgruppe Fulda
- Gregor Seuthe
- Jürgen Reusch
- Kreisgruppe Main-Kinzig

- Elisabeth Neudel
- Kreisgruppe Kassel
- Herbert Damaschk
- Kreisgruppe Vogelsberg
- Horst Uetzmann
- Kreisgruppe Werra-Meissner

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

